

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 10-2/15

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Was geht ab in Mülheim, Deutschland und der Welt?

In China Kurseinbrüche, in USA Bestrebungen, den Leitzins anzuheben, Deutschlands größter Konzern VW von riesigem Betrugsskandal schwer gebeutelt, große Teile Arabiens weiter in schlimmen Zerstörungsprozessen ähnlich etlicher afrikanischer Staaten oder Afghanistan und Pakistan, die Ukraine-Krise schwellt weiter, nun auch noch Gewaltexzesse in der Türkei usw.: **Die Welt ist einem besorgniserregenden Zustand**, der Völkerwanderungen biblischen Ausmaßes erzeugt hat, vor allem nach Deutschland. Die Aufnahmekapazität ist bereits vielerorts überdehnt. Die große Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung stößt an Grenzen und die meisten EU-Länder wollen oder können nicht mithelfen. Kurzum: **Die EU, aber auch Deutschland stehen vor riesigen Zerreißproben.**

Quasi-Ausnahmestand durch Euro- und Flüchtlingskrisen auch in Deutschland

Bürokratien und Verwaltungen haben sich in der EU und den meisten EU-Staaten fast vollständig verselbständigt. Die Parlamente müssen aus vermeintlicher Staatsräson nachträglich zustimmen. Auch wenn Medien oder talkshows Meinungsfreiheit noch vorgaukeln, sind alle wichtigen Entscheidungen längst vorher gefallen. Endgültig mit dem explodierten Flüchtlingsstrom hat sich das auch auf den kommunalen Ebenen festgesetzt. In Mülheim wurden mit der alles überschattenden Flüchtlingsproblematik, auch noch zeitgleich mit einem nicht zufällig sehr hohlen OB-Wahlkampf, **die vielen ungelösten Probleme fast vollständig in den Hintergrund verdrängt**. Es sind nicht nur hausgemachte Riesenprobleme wie die bilanzielle Überschuldung, das ÖPNV-Desaster oder die vermurkste Verkehrsführung, zu allem Überfluss droht auch ein Aderlaß bei wichtigen Firmen, die bisher das Rückgrat der Mülheimer Wirtschaft inkl. der für das Ruhrgebiet niedrigsten Arbeitslosenquote bildeten. Seit Ende 2014 ist bekannt: Brenntag geht weg/ die Tengelmann-Zentrale wird deutlich verkleinert/ Siemens wird kräftig abspecken/ Canon zieht nach Krefeld (mit 200 Mitarbeitern)/die Zukunft der Röhrenwerke ist gefährdet/ Thyssen-Guss kriselt/ RWE ist im Absturz begriffen, die Karstadt-Zentrale kurz hinter der Stadtgrenze wird verschwinden uswuf..

Größere Einbrüche der Mülheimer Wirtschaft sind zu befürchten. Auch Zulieferfirmen, insbesondere im Stahlbereich wie nun Blume im Hafen, sind massiv bedroht durch die wackelige Weltkonjunktur. Der neue OB Scholten warb mit "Wirtschaftlich stark für Mülheim" für sich, haha. **Die Realität aber wird die Traumtänzer bald einholen!**

Europäische Bürgerinitiative (EBI) gegen

Freihandelsabkommen TTIP und CETA mit riesigem Zulauf!



Die EU-Kommission hatte die EBI "Stop TTIP" einfach für unzulässig erklärt. Doch die Organisatoren, gestützt von über 230 Organisationen aus mehr als 20 EU-Ländern, haben dennoch die Unterschriftensammlung im Okt. 2014 begonnen. Auch die MBI beteiligten sich aktiv. Nach 1 Jahr wurden der EU-Kommission sensationelle über 3,2 Millionen Unterschriften überreicht, ein absoluter Rekord!! Die folgende Anti-TTIP-Demo am 10.10.15 in Berlin war mit ca. 250.000 Teilnehmern ebenfalls so gewaltig, dass sie nicht übergangen werden kann! Ein Riesenerfolg für mehr Demokratie in der EU!

Auf den folgenden Seiten:

- Abgesang auf "Sonnenkönigin" ("sunqueen") Dagmar Mühlenfeld S. 2
 - Die Mülheimer ÖPNV-Politik, ein Riesenchaos! S.3
 - Parken auf Teilen des Rathausmarktes weiterhin erlauben!
 - Hotelzuwachs ohne Nachfrage als Traumtänzeri oder als zukunftsweisende Stadtentwicklung?
Noch ein Hotel, dafür bald bestehende weniger?..... S. 4
- Einlegeblatt:** Nachdenkliches zum Tag der deutschen Einheit und: Auch noch ein Flüchtlings-Soli? Bitte nicht!

Abgesang auf "Sonnenkönigin" Daggi



Am 20. Oktober endet die mehr als 12jährige Amtszeit von Frau OB Mühlenfeld. Standesgemäß hat sie zu einer großen offiziellen Verabschiedungsfeier in die Stadthalle eingeladen mit vorherigem Gottesdienst in der Petrikirche. Zeit also auch für ein Fazit zu mehr als 1 Jahrzehnt ihrer Regentschaft. Daggi, wie sie von ihren Genossen gutschwesterlich genannt wird, bekleidete als OB viele Ämter zusätzlich, u.a. Präsidium Deutscher Städtetag, Präsidium NRW-Städtetag, ebenfalls im Präsidium des Rates europäischer Kommunen, Sprecherin Städtebündnis „Raus aus den Schulden“, RWE-Aufsichtsrätin, Aufsichtsratsvorsitzende medl, M&B, FEM, Verwaltungsrätin Spasskasse,

Beirätin oder Vorsitzende diverser Stiftungen uswusf.. **Bei alledem interessiert vor allem, ob sie denn den sehr lukrativen Posten im RWE-Aufsichtsrat behalten wird. In ihrer letzten Ratssitzung antwortete sie auf die Frage des MBI-Sprechers dazu, dass sie nicht als Vertreterin der Stadt dort säße. Als was denn? Als ehemalige Geschichtslehrerin? Egal: Die MBI fordern, dass sie als Nicht-OB schnellstmöglich von dem Posten zurücktreten muss, nicht nur, weil sie die 120 bis 200.000 Euro, die sie dafür pro Jahr kassiert, nur als OB auch an die Stadt abgeführt werden müsste.** Unabhängig davon hat sie der Stadt ein sehr schwieriges Erbe hinterlassen: Katastrophale Haushaltslage, sogar bilanziell überschuldet, zu große Abhängigkeit vom abstürzenden RWE-Konzern und ein hoher Privatisierungsgrad der Daseinsvorsorge lassen wenig Spielraum, so dass das ÖPNV-Desaster, die Innenstadtkrise, die vermurkste Verkehrsführung und, und, und kaum noch ohne große Brüche angegangen werden können. Vor allem aber hinterläßt die Ära Mühlenfeld eine weitere Aushöhlung der lokalen Demokratie. Schwindsüchtige Wahlbeteiligung u.a. zum Jugendstadtrat (8%), zum Integrationsrat (12%), zur OB-Wahl mit 35% und die weitgehend verselbständigte Verwaltung sind besorgniserregend.

"Sunqueen" Daggi als Sesselkleberin und Basta-Vertreterin

Die CDU-FDP-Landesregierung unter dem selbsternannten „Arbeiterführer“ Rüttgers löste 2005 auch wegen des übergroßen NRW-SPD-Filzes die Interims-Regierung Steinbrück ab. Alle großen Wahlversprechen von Rüttgers&Co, wie etwa die Reduzierung der RP's auf 3 mit einem neuen RP Ruhr, blieben unbearbeitet. Dafür aber schafften sie das Widerspruchsrecht für die Bürger ab und setzten 2007 durch, OB- und Kommunalwahlen getrennt durchzuführen durch Amtszeitverlängerung für OBs. 2009 wurden beide noch gleichzeitig gewählt, dann der Rat alle 5 Jahre und der/die OB für 6 Jahre.

Die damalige Oppositionsführerin Kraft wettete dagegen, damit würden aus OB's "Sonnenkönige" gemacht. Parteikollegin Mühlenfeld aber begrüßte die Stärkung ihrer Stellung als "sunqueen" ausdrücklich. Frau Kraft ist seit 2010 NRW-Ministerpräsidentin. 2013 wurde entsprechend auch beschlossen, Kommunal- und OB-Wahlen in NRW wieder gleichzeitig stattfinden zu lassen. Für die Wahl 2014 wurde den OB's die Möglichkeit gegeben, auf 1 Amtsjahr zu verzichten, um das bereits 2014 zu ermöglichen und nicht erst 2020. Viele SPD-OB's folgten dem wie in Dortmund, Gelsenkirchen usw.. SPD-Parteifreundin Daggi aus der Heimatstadt von Frau Kraft aber war aber die allererste, die dies kategorisch ablehnte. So kam es wie es kommen musste. Dem schlappen Kommunalwahlkampf folgte 1 Jahr später ein hohler OB-Wahlkampf. Zu allem Überflus hatte "sunqueen" Daggi sich im Frühjahr selbst für ihre lokale SPD aus heiterem Himmel entschieden, nicht mehr zu kandidieren, warum auch immer.



Ihren Hauptfeind in all den Jahren sah sie in den MBI, die nicht nur ihr Ruhrbania oder ihre VHS-Pläne störten, sondern sich zu sehr um Transparenz und Bürgerbeteiligung bemühten. Etlliche Strafanzeigen brachten ihr zwar gerichtlich schwere Schlappen bei, doch bis zur letzten Amtsminute blieb sie ihrer Kriegslaune gegen die MBI treu, wie der folgende Auszug aus dem Brief an den MBI-Sprecher zeigt, mit dem sie diesen von ihrer Verabschiedungsfeier auslud:

"Nachdem Sie die Kostenfrage streifen, auch über die Art und Weise des Umgangs befremdet sind, sich darüber hinaus auch noch wie ein Befehlsempfänger behandelt fühlen, möchte ich Sie von diesen Lasten befreien. Ich gehe insofern davon aus, dass Sie meine Einladung nicht annehmen werden und bestätige auf diesem Weg den Eingang Ihrer Absage." Kurzum: Ganz die Alte, gell!

Die Mülheimer ÖPNV-Politik, ein Riesenchaos!



Seit dem 4.10.15 ist die Straßenbahnlinie 110 Geschichte. "Abschied mit historischen Bahnen" verkündet die MVG auf ihrer Webseite - die Zerstörung von Infrastruktur als Event, da muss man auch erst mal drauf kommen. Übrigens: **Das gab es bisher noch nicht: Weil die Verwaltung es mit der Stilllegung derart eilig hatte, stellte sie mitten im Betriebsjahr noch einmal den Fahrplan um!!** Wenn man nun aber glaubte, man könne unverzüglich in der VRR-Fahrplanauskunft Informationen über den Fahrplan der

neuen (Ersatz-)Bus-Linie 128 ab dem 4.10. bekommen... - Fehlanzeige. Auch bei den "Störungen und Änderungen der nächsten 3 Tage", abgerufen am 3.10. auf der MVG-Seite, fehlte die neue Buslinie 128, ebenso die 110 und die 112, obwohl alle von massivsten Änderungen betroffen waren. Das alles dauerte

Ach, wenn unter den ganzen Versorgungsfällen bei der MVG doch wenigstens einer dabei wäre, der sich in Kundenbelange reindenken wollte und könnte Doch egal

Wie bei dem geplanten Fahrradweg auf dem illegal stillgelegten Flughafenast, nun bei der Stilllegung der 110 u.v.m. haben Verwaltung und MVG sich bei der Umsetzung des unausgegorenen Nahverkehrsplans völlig verselbständigt. So auch bei der Einführung der Buslinie 130 im Juni anstelle des sogar illegal stillgelegten Flughafenasts der 104. **Verwaltung und MVG machen einfach, Beschlüsse werden nachträglich gefasst, wenn überhaupt, und Fehler eingestehen oder korrigieren? Fehlanzeige.**

Niemand stört es anscheinend, dass der 2013 beschlossene Nahverkehrsplan ansonsten aber in vielen Punkten kaum umsetzbar ist!

Bereits im März 2015 hatten die MBI den Antrag gestellt, die geplanten Maßnahmen zur Umsetzung des Nahverkehrsplans zurückzustellen, bis belastbare Zahlen und Fakten vorlägen. Der MBI-Antrag wurde mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. Ende Sept. musste die Verwaltung zugeben, dass vieles bei der Umsetzung des unausgegorenen NVP nicht umsetzbar sein wird oder aber bzgl. Finanzierung und/oder Genehmigung nach 2 Jahren immer noch völlig in den Sternen steht!

Zur Erinnerung auch:

Die Verwaltung hatte in einer Sondersitzung am 23. Mai 2013 den Entwurf des Nahverkehrsplans für die zukünftigen ÖPNV-Netze in Mülheim vorgestellt, erarbeitet von dem bereits 4. Gutachterbüro in nur 3 Jahren zur ÖPNV-Zukunft. Die einzelnen Vorschläge wurden noch in etlichen Sitzungen beraten, bevor im Dezember 13 dann ein NVP beschlossen wurde, der bis heute nur in Ansätzen umgesetzt werden konnte. Unabhängig davon wurde ein 5. noch viel teureres Gutachten in Auftrag gegeben. Man glaubt das alles kaum, zumal auch die VIA als nur aufgestülpte gemeinsame ÖPNV-Gesellschaft von Duisburg, Essen und Mülheim an den Einzelgoismen der Kirchtürme zu zerbrechen droht! Doch auch dazu fiel den Oberbürgermeistern der 3 Städte nur ein, einen externen Berater und Gutachter zu beauftragen, zumindest in Mülheim auch noch völlig an den zuständigen demokratischen Gremien vorbei!

Anmerkung:

Die VIA ist anscheinend nur ein Feigenblatt der Kommunen, um Düsseldorf ruhig zu stellen. Keiner will sie, weder VERDI noch die OB`s. Wer will z.B. schon freiwillig einen Geschäftsführerposten räumen! Die Einspareffekte sind lächerlich, wenn sie denn überhaupt kommen. Und wieder ist ein Gutachten beauftragt, relativ teuer, wieder für den Papierkorb und wieder ist Zeit "gewonnen" für die Bosse und für VERDI.

Parken auf Teilen des Rathausmarktes weiterhin erlauben!

Die heutigen Parkplätze auf dem Rathausmarkt sollten wegfallen. Die MBI beantragten daher, den Platz an veranstaltungsfreien Tagen nur in dem Bereich autofrei zu halten, wo die neuen Granitsteine liegen werden.

Im anderen Bereich solle zumindest in Teilen Kurzzeitparken ermöglicht werden. Nicht nur für die Geschäftsleute rund um den Platz wäre das sinnvoll. Ob der Markt wirklich wieder auf den Platz zurückkehrt, ist ungewiss, das Ärztehaus sowie die Neubewohner im Ruhrbania-Klotz gegenüber werden den Parkdruck erhöhen!



Hotelzuwachs ohne Nachfrage Traumtänzeri oder kluge Stadtentwicklung? Noch ein Hotel, dafür bald bestehende weniger?



Nach dem B&B-Hotel an der Zunftmeisterstraße nun ein Holiday Inn mit 140 Betten in die Innenstadt, obwohl die Auslastungsquote aller Mülheimer Hotels bei nur 22% im gesamten 2014 lag? Na denn, so haben dann auch die alteingesessenen Hotels wie Handelshof und Noy weniger Überlebenschancen. Doch wen interessieren schon die „Eingeborenen“?!? Hauptsache der Bagger rollt oder wie die scheidende Totengräberin der Stadt Mülheim es einst fabulierte: **„Ohne Bagger keine Zukunft“**.

Die abenteuerliche Angebotstheorie der gelehrten bayrischen Wurstverkäuferin, die es in Mülheim zur hochbezahlten Geschäftsführerin einer überflüssigen GmbH als ausgegliederte 100%ig städtische Gesellschaft für „Stadtmarketing und Tourismus“ gebracht hat, ging so:

Man muss nur das Bettenangebot kräftig erhöhen, dann steigt die Auslastung automatisch. **Dass eine derartig platte Angebotsphilosophie aus Reagans Zeiten Anfang der 80iger Jahre vollaufgescheitert ist, hat sich bis Mülheim anscheinend noch nicht herumgesprochen.**

Es sei denn, man/frau hofft, dass die öffentliche Hand das Nachfragedefizit befriedigt, wie das z.Zt. per Flüchtlingskrise den Immobilienspekulanten goldenste Nasen beschert. Auch das wird nicht endlos verlängert sein, egal was Mutter Theresa alias Angela gerade erzählt.

Das neue sog. „Stadtquartier“ mit Hotel, Wohnen, Handel (u.a. Lebensmittel), Dienstleistungen, Gastronomie und Fitness-Center wurde auf der ExpoReal in München im Okt. 15 erstmals mit einem 3D-Modell präsentiert. Der Mülheimer Wohnungsbau (MWB) als Co-Investor ist laut WAZ überzeugt, dass das Projekt *„die Qualität eines Referenzvorhabens für die Umnutzung leerstehender Warenhäuser durch gemischt genutzte Objekte“* habe und auf großes Interesse anderer Städte und Investoren stoßen werde.



Das "Stadtquartier"-Projekt wird, so hoffen Stadtspitze und Wirtschaftsförderung, auch zur Wiederbelebung der Innenstadt insgesamt beitragen. **Der Büroleerstand ist immens, zudem waren Anfang Oktober ganze 92 Ladenlokale in der City verwaist (Leerstandsquote: 15,7 %).** **Für jeden Passanten in der Innenstadt ist offensichtlich: Die Innenstadt Mülheims kriselt gehörig!** Wirtschaftsförderer Schnitzmeier aber ist optimistisch, weil weltweit *„viel Kapital unterwegs ist, das nachhaltig rentierliche Projekte sucht. Allein im ersten Halbjahr wurden in Europa 110 Milliarden Euro bei Immobilienobjekten umgesetzt.“* Zitat aus WAZ vom 3.10.15: *„Mit neuem Optimismus zur Expo Real“*

Hotelnotstand in Mülheim herbeigeredet mit immer neuen Standorten!

2008 wollte oder sollte Kondor Wessels als Ruhrbania-Investor **auf Baufeld 1 ein 4 bis 5-Sterne-Hotel** errichten. Nach jahrelanger intensiver Suche fand sich aber kein Hotelbetreiber, der darin wirtschaftlichen Erfolg gesehen hätte. Deshalb änderte man die Pläne 2010 zu einem großen Ärztehaus, was aber genauso kläglich scheiterte. So entstand schließlich neben dem 4-Mio. teuren Hafenbeck`schen ein unförmiger ans Restrathaus angebauter Klotz mit teuren Wohnungen und unten dem Mezzomar.

„MST warnt vor fehlenden Hotelbetten“ lauteten im Sommer 2012 monatelang Überschriften in WAZ/NRZ und die Stadtspitze wollte **Holiday Inn das Grundstück vor dem Haus des Handwerks** verkaufen. Doch irgendwie wollte Holiday Inn nicht richtig an das Projekt heran mit immer neuen Begründungen.

2013 kamen MST-Herrin und ihre Chefin Mühlenfeld sogar noch auf die **Schnapsidee, ein Hotel anstelle der VHS am MüGa-Rand** zu errichten, da das mit Holiday Inn irgendwie nicht voran gehen wollte. Großer Widerstand kündigte sich bereits damals an. Also suchte M&B-Chef Schnitzmeier intensivst weiter Käufer für das Gelände Tourainer Ring/Zunftmeisterstr... Anfang 2014 im Wahljahr sprang dann die Billigkette M&B ein, wahrscheinlich für einen supergünstigen Grundstückspreis. Klammheimlich wurde ein Vertrag gemacht an allen politischen Gremien, ja selbst an Holiday Inn vorbei.

Dann bewarb sich Mülheim mit der **VHS für die Sparkassenakademie, auch noch in Konkurrenz zur Kaufhofbewerbung**, bei der das verprellte Holiday Inn mitmachte. Die Akademie kam nach Dortmund und die Stadt forcierte ab da das Kaufhofprojekt, auch um die VHS-Niederlage nicht zugeben zu müssen! Doch es gibt 2 ungelöste Probleme: Die vermurkste Verkehrsführung und ob es Bedarf für 140 weitere Betten gibt.

M ü l h e i m e r B ü r g e r - I n i t i a t i v e n

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

h t t p : / / w w w . m b i - m h . d e

Nachdenkliches zum Tag der deutschen Einheit

Am Samstag, dem 3. Okt. 15, war Feiertag der deutschen Einheit, 26 Jahre nach dem Mauerfall. **Bereits 2001 fragten die MBI: Wann endlich wird der Solipakt Ost geändert?**

Wenn die hoffnungslos verschuldeten Weststädte etwa aus dem Ruhrgebiet oder dem Bergischen Land weiter zahlen müssen für Städte wie Dresden, Wismar, Weimar usw., so ist das widersinnig. Der sog. „Soli Aufbau Ost“ ist längst anachronistisch und müsste geändert oder besser noch abgeschafft werden! Auch das würde die gigantische Haushaltskatastrophe etwa unserer Stadt Mülheim nicht mehr lösen, aber ein klein wenig erleichtern.



Unabhängig davon ist Deutschland nach 25 Jahren Einheit ganz anders geteilt als in Ost und West: Nämlich in etliche „Parallelgesellschaften“ wie Arm und Reich oder/und Bürokraten und Bürger oder/und wenige Superinformierte und ganz viele Desinformierte oder/und Jung und Alt oder/und, ganz zu schweigen von den vielen unterschiedlichen Migrantenkulturen, die häufig noch in sich gespalten sind.

Und über allem in 2015 die sog. Flüchtlingskrise, d.h. die stattfindende Völkerwanderung nicht zuletzt nach Deutschland,

welche beginnt, viele Kommunen heillos zu überfordern. Auch die große Hilfsbereitschaft vielerorts stößt langsam alleine schon wegen der bloßen Quantität der Flüchtlinge an ihre Grenzen. Die nach Merkels „Wir schaffen das“ eher positive Stimmung in der Bevölkerung ist gekippt. Die Medien schaffen es nicht mehr, kritische Stimmen in die rechte Ecke zu stellen oder als Phänomen nur der ex-DDR hinzustellen bzw. als „Dunkel-Deutschland“ o.ä. zu diffamieren.



Merkels Ankündigung „Dem Asylrecht sind nach oben keine Grenzen gesetzt“ hat die auch vorher bereits angeschwollenen Wanderungen nach Europa deutlich verstärkt, die ganzen Länder der Zwischenstationen in Chaos versetzt und bei den hunderttausenden Zuwanderern große Erwartungen geweckt, die nicht so einfach erfüllt werden können, weil Integration naturgemäß eine schwierige und langwierige Angelegenheit ist. Nicht zuletzt aber stößt die Aufnahmefähigkeit in den Kommunen immer mehr an ihre Grenzen.

Die Ängste auch vieler Westdeutschen vor Überfremdung, Vernachlässigung und Bedrohung sind weder aus der Luft gegriffen, noch unreal, spießig oder ausländerfeindlich, wie Politiker, Medien und andere Meinungsmacher es immer und immer wieder verkünden.

Inzwischen hat sich sogar in größerem Maße der Eindruck verfestigt, man dürfe zur Zuwanderungsfrage seine Meinung nicht mehr frei äußern. In der Folge florieren Gerüchteküchen und die Töne werden schärfer, wo man auch hinhört. Die künstlich erzeugte Aufteilung in entweder Gutmenschen oder Rechtsradikale funktioniert immer weniger. „Mutter Theresa“ Merkel ist in der Beliebtheitskala in kurzer Zeit regelrecht abgestürzt. Was das für anstehende Wahlen bedeuten könnte, zeigte zuletzt auch Österreich, nach zuvor bereits Frankreich, Finnland oder Dänemark.

Wenn dann auch noch ein Flüchtlings-Soli als Zusatzsteuer für alle eingeführt werden sollte, werden selbst in Deutschland noch größere Verwerfungen die Demokratie bedrohen.

b.w.

Auch die weiterhin ungelöste Eurokrise, siehe u.a. das Griechenland-Drama, die bedrohlicher werdende Identitätskrise der gesamten EU mit deutlichen Auflösungstendenzen (von England bis Spanien) und zu allem Überfluß die beginnende Krise der deutschen Autoindustrie als wichtigstem Wirtschaftszweig stimmen die Bevölkerung nicht optimistischer auch in Bezug auf die Zuwanderungsprobleme. Die Verteilungskämpfe zwischen den diversen „parallelen“ Gesellschaftsteilen haben bereits spürbar zugenommen, auf breiter Front.

Ungeachtet all dessen:

Der National-Feiertag sei verbunden mit der Hoffnung, dass vielleicht doch demnächst im Bundestag Einsicht einkehrt und wenigstens der „Solipakt“ geändert oder in seiner heutigen Form abgeschafft wird.

Wie die Lenker und Denker in Berlin das riesige Zuwanderungsproblem ohne weitere Polarisierung wieder in den Griff bekommen wollen oder können, ist dagegen unklar. Was bei der Bekämpfung von Pegida zu Jahresbeginn noch funktionierte, geht nicht mehr zu wiederholen. Inzwischen ist bereits nur aus dem quantitativen Problem eine derartige neue Qualität erwachsen, dass auch die Wessis nicht mehr mit Verweis auf die Osis ruhig gestellt werden können.

Man hätte sich eine bessere, andere Beendigung des ausgelutschten vermeintlichen Ost-West-Gegensatzes gewünscht, doch

Was ist aus der Sicht des Ruhrgebiets das Ergebnis nach 25 Jahren deutscher Einheit, so wie sie gemacht wurde?

- 1.) Teile des Ruhrgebiets erinnern immer stärker an die letzten Jahre der gescheiterten DDR – finanziell bankrott und mit immer neuen Durchhalteparolen statt Lösungen!
- 2.) Die bis jetzt spürbarste Veränderung seit 1990 ist leider die Aushöhlung und der Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch im Westen! Mit der Flüchtlingskrise hat auch das eine enorme Steigerung und Verschärfung erfahren, weil vielerorts und auf fast allen Ebenen de facto ein Ausnahmezustand herrscht, mit Notstandsverfügungen von oben bzw. Ermächtigungsgesetzen u.ä. wie zu Endzeiten der Weimarer Republik.
- 3.) Der erschreckende Niedergang der Demokratie wird es bedeutend schwieriger machen, die ziemlich desolat regierten Städte, bzw. besser Teilstädte, von Deutschlands größter Metropole, dem Ruhrgebiet mit seinen 5 Mio. Menschen, zu sanieren und ohne zu große Brüche durch schlechtere, kommende Zeiten zu manövrieren!



WAZ 10.10.15: "Bundesregierung und EU-Staaten erwägen wohl Flüchtlings-Soli"



Zur Erinnerung:

Der Soli "Aufbau Ost" wurde in den 90ern eingeführt und sollte als Abgabe, also keine Steuer, nur für einige Jahre erhoben werden. Mehr als 20 Jahre später muss er immer noch gezahlt werden, selbst von hyperbankrotten Weststädten wie im Ruhrgebiet! Und von Abschaffung etwa nach 2019 spricht keiner mehr, im Gegenteil: Länder und Kommunen zanken sich bereits um eine Neuaufteilung dieser realen Zusatzsteuer.

Nun soll also noch ein Flüchtlings-Soli zusätzlich kommen und im Vorfeld wieder die gleichen Sprüche, es wären ja keine "Steuern" und blablabla Irgendwie nur noch zum Kotzen, oder?

Wenn sie die Völkerwanderung Ri. EU und insbesondere Deutschland schon nicht mehr in den Griff bekommen können, dann sollen sie doch gefälligst die Profiteure der Flüchtlingskrise durch Abgaben und Steuern zur Mitfinanzierung heran ziehen, u.a. die Immobilien- und Baubranche, bei denen teilweise Goldgräberstimmung herrscht. Aber auch die Teile der Wirtschaft, die so laut nach Fachkräften und Billiglöhnern aus den Reihen der Flüchtlinge schreit, ganz zu schweigen von den Rüstungsexporteurern, die mit Spitzenprofiten die unzähligen Konflikte als Fluchtursachen kräftig anheizen. Aber auch andere wie z.B. aus der Helferindustrie oder aus Sicherheitsfirmen verdienen sich an den Flüchtlingsströmen goldene Näschchen, gell. Unabhängig von alledem stellt sich die Frage:

Wird es also nichts mehr werden mit einem wie auch immer gearteten Solibeitrag für die hyperverschuldeten West-Städte insbesondere des Ruhrgebiets und des Bergischen Landes? Milliarden für Griechenland & CO und dann auch noch eine Flüchtlings-Extrasteuer. Da bleibt wohl nichts übrig für das Ruhrgebiet. Den letzten beißen halt die Hunde sagt der Volksmund.